



GKKE

Gemeinsame Konferenz
Kirche und Entwicklung

Joint Conference Church
and Development

Bundespressekonferenz 12.12.2016, 10.30 Uhr

GKKE-Rüstungsexportbericht 2016

Statement von Prälat Dr. Martin Dutzmann

Evangelischer Vorsitzender der GKKE

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben es eben gehört: auch im Jahr 2015 und im ersten Halbjahr 2016 gab es wieder exorbitant viele Rüstungsexportgenehmigungen. Besonders kritikwürdig ist daran, dass auch der Anteil an Lieferungen in problematische Empfängerländer hoch geblieben ist. Wie ist das möglich, hat doch Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel eine strenge, restriktive Rüstungsexportpolitik angekündigt und Schritte dahin eingeleitet? Seit vielen Jahren beklagen die beiden großen Kirchen an dieser Stelle den anhaltenden Widerspruch zwischen gesetzlichen Grundlagen, politischen Leitlinien und dem erklärten Willen zu restriktiver Rüstungsexportpolitik einerseits und einer alles andere als restriktiven Genehmigungspraxis andererseits. Dieser Widerspruch schadet der Glaubwürdigkeit deutscher Friedens- und Sicherheitspolitik. Nach nunmehr 20 Jahren sind wir deshalb zu der Überzeugung gelangt: Wir brauchen eine Revision der gesetzlichen Grundlagen.

Dabei geht es uns zunächst um die Verstetigung positiver Entwicklungen, die in dieser Legislaturperiode begonnen haben. Die Kleinwaffenexporte sind zurückgegangen und die Transparenz rüstungsexportpolitischer Entscheidungen ist durch die jährlichen Regierungsberichte bereits im Sommer des Folgejahres sowie durch die halbjährlichen Zwischenberichte gewachsen. Das hat zu einer stärkeren parlamentarischen und öffentlichen Debatte beigetragen. Dass das so bleibt, darf nun nicht vom guten Willen der nächsten Regierung abhängig sein. Es bedarf vielmehr der Verstetigung durch rechtlich verbindliche Regelungen.

Schon 2013 haben wir im GKKE-Bericht die gesetzlichen Regelungen der deutschen Rüstungsexportkontrolle beschrieben und festgestellt, dass die kombinierten europäischen und deutschen Normen sich als zu komplex darstellen. Die GKKE fordert deshalb ein neues Rüstungsexportkontrollgesetz, das die inhaltlichen Kriterien des gemeinsamen Standpunktes der EU in das deutsche Recht übernimmt und die Politischen Grundsätze rechtsverbindlich macht. Wir wollen ein Rüstungsexportgesetz, das die Transparenz erhöht und die Begründungspflicht hin zu den Befürwortern von Rüstungsexporten verlagert. Diese und weitere Ziele unseres Vorschlages wird Dr. Sebastian Roßner im Einzelnen erläutern.

Bundesminister Sigmar Gabriel hatte Anfang des Jahres 2016 ein neues Rüstungsexportkontrollgesetz in Aussicht gestellt. Die GKKE war im August noch zur Mitwirkung in einer Kommission eingeladen worden. Sie sollte einen externen Sachverständigen

benennen und eine Stellungnahme abgeben. Im September war nur noch von einem „Konsultationsprozess“ in Gestalt mehrerer Expertenanhörungen, begleitet von einer interministeriellen Arbeitsgruppe, die Rede. Bei der ersten Expertenanhörung am 7. Oktober hieß es, es sei weder eine Zusammenfassung der Ergebnisse noch die Ausarbeitung von Empfehlungen geplant. Zu einer Gesetzesinitiative werde es in dieser Legislaturperiode nicht mehr kommen. Wir beteiligen uns zwar konstruktiv an diesem Konsultationsprozess, sind aber enttäuscht über den fehlenden politischen Willen und den fehlenden Mut, klare und wirksame gesetzliche Grundlagen für eine nachhaltig restriktive Rüstungsexportpolitik zumindest vorzubereiten.

Im Juli 2016 hat Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen das Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik vorgestellt. In dem Konsultationsprozess vor der Erstellung des Weißbuches hatten die Kirchen ihre Erwartung geäußert, dass Grundlage und Referenzrahmen für die deutsche Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik ein friedenspolitisches Leitbild sein müsse. Dieses sei in dem Weißbuch auf Sicherheitspolitik hin zu konkretisieren. Gemessen an diesen Erwartungen fällt das Weißbuch 2016 enttäuschend aus. Die darin dominierende Logik des sicherheitspolitischen Denkens führt dazu, die Sicherheitspolitik am Maßstab der nationalen Interessen Deutschlands auszurichten. Die auch im Weißbuch proklamierte restriktive Rüstungsexportpolitik wird durch die dort vertretene Ertüchtigungspolitik konterkariert. Auch die Absicht, rüstungstechnologische Schlüsselindustrien durch Exporthilfen im Lande zu halten, läuft einer restriktiven Exportpolitik zuwider. Rüstungsexporte in Drittstaaten sollen Ausnahmen bleiben und weder durch Hermes Kredite noch durch andere Exporthilfen gefördert werden!
